Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 27 — Mittwoch, den 2. Februar 1921 — 49. Jahrgang

Die wahnsinnigen Entente-Forderungen vor dem Reichstage.

Eine schicksalsschwere Sitzung ist es, die sich Haus während der kurzen Stunden abwickelt, in der der Reichstag zusammen ist. Das Haus ist überfüllt. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung: Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung. Minister Simons ist kein Redner, der fortreißt, aber die Wucht der Tatsachen, die er mitzuteilen hat, geben seinen Worten einen aufwühlenden Nachklang. Mit einer Wirkung, die an die Herzen der Zuhörer greift, legt er alle Versuche dar, unseren unerbittlichen Feinden den aufrichtigen Willen Deutschlands zu beweisen, die schweren Verpflichtungen der Beschlüsse von Spaa und Boulogne zu erfüllen. Deutschland hat sich bemüht, Vorschläge zu machen, die die Durchführung der Forderungen ermöglichen sollen. Sie haben nichts geerntet als bitteren Hohn. Noch niemals hat ein Volk mit so offenen Karten gespielt wie wir jetzt. Kein Wort der Anerkennung für das, was wir bisher unter den schwersten Verhältnissen in der Entwaffnung und in der Lieferung an die Feinde geleistet haben. Immer härter sind die Forderungen geworden. 42 Jahre lang soll Deutschland in finanziellen Sklavenketten schmachten und ein Generalzolleinnehmer soll die Tyrannei verdeutlichen. Ueber diese Fron hinaus sollen die Milliarden der Okkupationskosten Deutschland zum Weißbluten bringen. Das ist unerträglich. Die Regierung kann die neuen Pariser Forderungen nicht als eine Grundlage für weitere Verhandlungen ansehen. Ein aufatmendes Bravo! erhebt sich im Hause. In tiefer Bewegung kennt sich das Haus.

Der Bericht über die gestrige Sitzung.

(Reichstags-Sitzung vom 1. Februar.)

Haus und Tribünen sind überfüllt. Auch vor dem Reichstagsgebäude drängt sich eine große Menschenmenge. Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung. Am Ministertisch sämtliche Kabinettsmitglieder und eine Fülle von Regierungsvertretern der Länder. Die Diplomatenloge ist ebenfalls stark besetzt, der österreichische Vertreter, die Vertreter der Tschecho-Slowakei und der Schweiz sind anwesend, desgleichen der erste Botschafterrat der französischen Botschaft. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung kurz nach 4 Uhr und erteilt das Wort dem

Reichsminister des Aeußeren Dr. Simons:

Selten hat eine politische Verhandlung solche Verwirrung in den Köpfen angerichtet wie die Pariser Verhandlungen. Eben war der Seydouxsche Plan erörtert und nun kommt die neue Note. Simons schildert den Verlauf der Verhandlungen und bespricht den Inhalt der Note. Anknüpfend an Spaa ist diese Note zustande gekommen. Von den Beratungen in Boulogne ist uns nie etwas bekannt geworden, diese Beratungen sind in Spaa gar nicht erwähnt worden. Genf kam nicht zustande und die Verhandlungen verzögerten sich immer mehr, so daß wir eine raschere Regelung angeregt haben. So kamen die Brüsseler Verhandlungen zustande, die dann aber auch ohne endgültiges Ergebnis vertagt wurde. Die britische Regierung erklärte schließlich, sich diesem Vorschlage anzuschließen.

In Paris wurde das Bild anders.

Der Seydouxsche Vorschlag trat ganz zurück. Die Vorwürfe, daß die deutsche Regierung nicht selbst mit positiven Vorschlägen hervorgetreten sei, trifft nicht zu. Wir haben solche gemacht, sie sind aber nicht beantwortet worden. Auch in Spaa haben wir Vorschläge gemacht, die allerdings noch nicht eingehend sein konnten, aber doch unter anderem einen Finanzierungsplan enthielten; sie sind unter den Tisch gefallen. Pläne alternativer Form zu machen, solange Oberschlesien noch eine ungeklärte Frage bildet, halte ich für unmöglich. Dazu kommen unsere ungeklärten Wirtschaftsverhältnisse und die ungünstige Valuta. Wir haben auch gegenüber dem Seydouxschen Plane keine Bedingungen gestellt, wir haben nur erklärt, daß wir keine bindende Zahl angeben könnten. Der französische Botschafter selbst habe ihm daraufhin erklärt, daß dazu in Brüssel Gelegenheit zur Erörterung sein werde. (Hört, hört.) Der Wortlaut der Note deckt sich mit dem uns übermittelten Wortlaut. In der Entwaffnungsnote werden Heeresklauseln, Marineklauseln und Luftklauseln vorgesehen. Es handelt sich hier um Entscheidungen,

gefragt werden wir nicht.

Das hindert nicht, daß wir uns dazu äußern. Es sind uns zwar gewisse längere Fristen zur Durchführung der Beratung mit den Ressorts und den einzelnen Ländern gelassen. Ich vermisse aber jedes Wort der Anerkennung für das, was wir in der Entwaffnungsfrage schon geleistet haben. Vielfach dringt das Mißtrauen gegen uns wieder hervor. Simons gab dann einen Ueberblick über den Inhalt der Reparationsnote. Die Zahlungen sollen bis zum Jahre 1963 gehen und schließlich sechs Milliarden Goldmark 30 Jahre hindurch betragen. (Hört! Hört!) In Boulogne verlangte man 226 Milliarden,

jetzt sind es bereits 269 Milliarden.

Der Minister bekämpft dann das System der Zahlungen. 42 Jahre lang soll Deutschland 12% des Wertes der deutschen Ausfuhr zur Verfügung stellen. (Hört! Hört!) Die Berechnung ist durchaus fehlerhaft. Als Sicherheiten sind große Eingriffe in die Zollverwaltung vorgesehen. Ein Generalzolleinnehmer soll bestimmt werden. Bei Säumnis soll die gesamte Zollverwaltung von der Reparationskommission in die Hand genommen werden. (Bewegung.) Damit ist der Kelch für Deutschland noch nicht geleert. (Bewegung.) Es kommen noch Okkupationskosten von jährlich 15 Milliarden, Kosten für die zahlreichen Kommissionen, Kosten des Ausgleichsverfahrens. Wo bleibt die Abrechnung dessen, was wir schon geleistet haben? Auch ist nicht gesagt, ob wir bei Ausgabe der Bonds die beim Waffenstillstand hinterlegten Schatzscheine zurückerhalten. Das neue Programm enthält also Widersprüche. Variable Summen dürfen uns nicht auferlegt werden, desgleichen sind nach dem Waffenstillstand nur 30 Jahre der Bindung vorgesehen. Von allem ist keine Rede mehr. Es müßte doch festgestellt werden, wie hoch der angerichtete Schaden eigentlich ist.

Was Frankreich bisher aufgewendet hat, ist verschleudert worden,

ohne daß nur eine Mauer aufgebaut worden ist. Die Schätzungen der französischen Sachverständigen sind Herrn Poincaree zu niedrig erschienen, sie sind erhöht worden; aber deutsche Sachverständige hinzuzuziehen, ist niemandem eingefallen. Die Summe, die jetzt angegeben wird, scheint da mehr oder weniger willkürlich zu sein. Clemenceau hat seinerzeit selbst erklärt, daß ein Eingriff in unsere Freiheit nicht beabsichtigt sei. Von einer Zollkontrolle war nie zuvor die Rede. Die Summe von 229 Milliarden Mark ist vielleicht mehr, als das ganze deutsche Volk besitzt. Die Regierung ist sich darüber klar, daß der Weg, der vorgeschlagen wird, unpraktisch und ungangbar ist und

auf eine wirtschaftliche Versklavung hinausläuft.

Daran ändern die uns in Aussicht gestellten Rabattsätze von 8 und 6 Prozent nichts. Die Entente glaubt vielleicht, wir könnten im Auslande eine Anleihe aufnehmen. Das ist einfach unmöglich, zumal die Bestimmungen der Reparationskommission hier schon eine Barriere gezogen haben. Es würde also auch nicht einmal das Land in Frage kommen, das die Alliierten während des Krieges finanziert hat. Die Zollabgabe ist

eine Erdrosselung der deutschen Industrie.

Muß das Ausland sie tragen, so wird der Absatz erschwert, ist das nicht möglich, so muß sie der Arbeiter tragen. Gefangenenarbeit ist stets eine unliebsame Konkurrenz der freien Arbeit. Wir werden 42 Jahre lang Gefangenenarbeit leisten müssen. Redner kommt dann auf die Strafbestimmungen zu sprechen, die er noch nicht amtlich erhalten habe, die er aus einem Interview entnommen habe. (Auf Zwischenrufe der äußersten Linken bittet der Minister, seine rein objektiven Aeußerungen nicht durch Zwischenrufe zu stören.) Zu den Strafbestimmungen gehört auch die eventuelle Einrichtung eines eigenen rheinischen Zollgebietes, sowie die Nichtaufnahme in den Völkerbund. Der letztere Punkt interessiert uns weniger. (Sehr richtig!, solange wir noch nicht den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt haben. Jedenfalls hat der Völkerbund, so wie er jetzt ist, nicht viel Verlockendes für uns. Die Regierung kann in dem Arrangement nicht die mögliche Grundlage für weitere Verhandlungen sehen, es ist aber ihre Pflicht, alle Mittel anzuwenden, um zu entsprechenden deutlichen Gegenvorschlägen zu kommen. (Beifall.,

Präsident Löbe beantragt, die Sitzung heute zu vertagen, und die Besprechung erst morgen vorzunehmen, nachdem die Fraktionen hierzu Stellung genommen haben. — Abg. Hoffmann (Komm.) will zur Geschäftsordnung sprechen, gibt aber trotz mehrfacher Unterbrechung durch den Präsidenten eine Erklärung ab, in der er die Forderungen der Entente als eine Frucht des deutschen Imperialismus bezeichnet; der Reichstag habe bereits gestern durch seinen Abbruch der Verhandlungen die völlige Bankerotterklärung der bisherigen auswärtigen Politik unterstrichen; wenn er heute wieder ohne Debatte auseinandergehe, erkläre er sich ebenfalls für bankerott. (Redner wird fortwährend durch Entrüstungs- und Schlußrufe unterbrochen.) — Abg. Müller-Franken (Soz.): Die großen Parteien haben den Wunsch ausgesprochen, erst zu der Rede des Ministers Stellung zu nehmen. Wir sind daher für den Antrag des Präsidenten. Auf die Worte des Vorredners einzugehen, haben die Parteien keinen Anlaß, die auf dem Boden der Verfassung stehen. — Abg. Schiffer (D.): protestiert gegen den Ton der Ausführungen des Abg. Hoffmann und betont die Notwendigkeit, angesichts der Bedeutung der Debatte jedes Wort auf die Wagschale zu legen. — Abg. Ledebour (Unabh.): Trotz umfangreicher Bedenken haben wir davon Abstand genommen, diese Angelegenheit durch eine Geschäftsordnungsdebatte herabzudrücken.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag des Präsidenten, Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch, angenommen.

Die Parteien stehen zur Regierung.

Wie mitgeteilt wird, werden in der heutigen Reichstagssitzung die Koalitionsparteien durch einen Redner eine gemeinsame Erklärung abgeben, dessen Wortlaut zwischen den Parteien vereinbart worden ist. Die übrigen Parteien werden gesonderte Erklärungen abgeben. Alle Parteien werden in diesen Erklärungen ihre Zustimmung zu der Stellungsnahme der Reichsregierung gegenüber den Vorschlägen der Pariser Konferenz kundgeben und sich hinter die Regierung stellen. Nur die Kommunisten werden sich an der Einheitsfront des Reichstages nicht beteiligen.

In der Besprechung der Parteiführer mit Dr. Simons über die Entwaffnungsfrage herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die neuen Bedingungen anerkannt werden müßten, soweit sie nicht über den Vertrag von Versailles hinausgehen. Das tun sie aber in der Frage des Luftfahrwesens, und hier soll auf dem Wege der sachlichen Besprechung alles daran gesetzt werden, die Lebensinteressen der deutschen Luftschiffahrtindustrie zu schützen. Auch kommt die Anregung eines Schiedsgerichts in Frage.

Deutsche Zeitungsstimmen zur Reichstagssitzung.

Die gestrigen Ausführungen des Reichsministers Dr. Simons im Reichstage über die neuen Ententevorschläge in der Reparationsfrage finden die Zustimmung der gesamten Presse. Die Blätter heben besonders die nüchterne Sachlichkeit der Rede hervor, die mehr überzeuge als große Worte. Das „B. T." sagt: Herr Dr. Simons hat unparteiisch gesprochen, aber wir wissen diesmal und die Welt soll sich das klar machen, daß er mit seiner Anschauung nicht allein steht. Dr. Simons hat Gegenvorschläge angekündigt, die vermutlich in London vorgelegt werden sollen, wenn es dazu kommen sollte. Die alliierten Staatsmänner werden diesen Gegenvorschlägen vielleicht mit einer hochmütigen Geste begegnen, aber daß sie mit ihren Beschlüssen in Deutschland kein Glück haben werden, sehen sie hoffentlich schon ein. Zu der Aeußerung Dr. Simons, daß die Auferlegung von 226 Milliarden Goldmarkanzahlung in Raten bis zu 6 Milliarden 42 Jahre lang die wirtschaftliche Versklavung Deutschlands bedeutet, erklärt das Blatt: Lloyd George hat vor einigen Tagen in Paris dem unter dem Triumphbogen bestatteten unbekannten Soldaten einen Kranz gespendet, dessen Inschrift wieder einmal besagte, die Alliierten hätten für die Errettung der Zivilisation gekämpft. 42 Jahre Sklavendienste für ein ganzes Volk, für Alt und Jung und die ganz Kleinen und noch Ungeborenen, eine schöne Zivilisation! — Der Vorwärts schreibt, daß das deutsche Volk und die ruhigen Köpfe der übrigen Welt eine andere Erklärung des Reichsministers nicht erwarten konnten. Ueber die vollkommene Unmöglichkeit jener Pariser Vorschläge gibt es in ganz Deutschland ohne Unterschied der Partei nur eine Stimme, wie sehr auch sonst über die beste Methode, der Ententepolitik zu begegnen, die Meinungen verschieden sind. Kaum jemals gab es in der Presse eines Landes, in dem völlige Freiheit des Wortes herrscht, eine so weitgehende ehrliche Uebereinstimmung. — Auch die Freiheit stimmt der sachlichen Kritik des Ministers Dr. Simons über die unerträgliche Schwere der Bedingungen zu. In der Tatsache, daß Deutschland Gegenvorschläge machen werde, sieht das Blatt die Möglichkeit für weitere Verhandlungen.

Das goldumrahmte Schand-Dokument.

(TU) Wie die B. Z. erfährt, ist ein Kurier unserer Pariser Botschaft in Berlin eingetroffen, der das Original der beiden Ententenoten und das von den Regierungshäuptern der Entente unterschriebene Begleitschreiben überbracht hat. Die Noten sind ein geradezu vornehm ausgestattetes Dokument, nicht mit Schreibmaschine geschrieben, sondern gedruckt und goldumrandet. Leider steht der Inhalt zu dem Aeußern in furchtbarstem Gegensatz.

Imposante Protestkundgebung des bayrischen Landtages.

(TU) Der bayrische Landtag veranstaltete gestern nachmittag in seiner Vollsitzung eine Kundgebung gegen die Pariser Beschlüsse der Alliierten. Der Präsident Königsbauer bezeichnete die Pariser Beschlüsse als die Ausgeburt einer weit vom Boden der Erfüllbarkeit entfernten Phantasie. Das sei nicht der Friede, sondern die Fortsetzung und Verstärkung des Hungerkrieges. Die Erfüllung unserer Forderungen würde die Blüte unserer Kultur vernichten. Wir hatten gehofft, fuhr der Präsident Königsbauer fort, daß der gesunde Menschenverstand über die Brutalität des Siegerwillens sich durchsetzen und daß der Geist der Versöhnung und der Friedensbereitschaft über die Rachsucht siegen würde. Die Forderungen von Paris aber haben die Befürchtungen der größten Schwarzseher weit übertroffen. Die bayrische Volksvertretung verlangt im Namen des ganzen bayrischen Volkes, daß das Unmögliche niemals zugestanden werden wird. Der außerordentliche Ernst unserer außerpolitischen Lage müßte aber auch im deutschen Volke alle Schranken niederreißen, die bisher unser Volk zersplittert und den Alliierten weiter das traurige Schauspiel unserer inneren Zerrissenheit geboten haben. Unbeugsam muß der Wille in uns gesunden werden, lieber ehrlich zu sterben, als in ewiger Versklavung zu verderben. (Beifall bei den bürgerl. Parteien). Es wurde beantragt, die Sitzung sofort zu vertagen, um dem ganzen Ernst der Schicksalsstunde des deutschen Volkes Rechnung zu tragen. Für die Unabhängigen gab der Abg. Garein eine Erklärung ab, daß auch seine Partei der Ansicht sei, daß Protest eingelegt werden müsse. Sie könne sich aber nicht der Kundgebung der übrigen Parteien anschließen. Es handle sich zunächst nur um Vorschläge der Entente, über die noch Verhandlungen notwendig wären. Während der Ausführungen des unabhängigen Redners verließen die Mitglieder der bürgerlichen Parteien den Saal.

Was das Ausland sagt.

(TU) Die dänische Zeitung „Klokken 5" und die Nachmittagszeitung „Sozialdemokraten" schreiben wörtlich: Hätten die Sieger das ganze deutsche Volk nach Afrika exportiert und alle Erwachsenen wie Kinder in die Sklaverei gejagt, so wäre das menschlicher gewesen, und die Leiden der Unglücklichen hätten wenigstens ein schnelles Ende gefunden. Man betrachtet es als sicher, daß die Arbeiter der ganzen Welt, besonders die der siegreichen Länder, sich erheben und gegen diese Entscheidung protestieren werden, denn ein Sklavenleben, wie es der deutschen Arbeiterklasse zugedacht ist, wird selbstverständlich nur dazu beitragen, daß die Arbeiter der andern Länder in das schwärzeste Elend hineingezogen werden. Das deutsche Volk kann diese wahnsinnige Entschädigung nicht bezahlen und die Sieger können die Bezahlung nicht eintreiben. Selbst die schwarzen Soldaten werden auf die Dauer zu einem 42jährigen Plünderungszug in dem zum Tode verurteilten Deutschland tauglich sein.

„Nieuwes van den Dag" schreibt: Das Ergebnis von der Konferenz in Paris ist ein großer Triumph für Briand. Ob die gefaßten Beschlüsse allerdings auch einen Triumph für Frankreich bedeuten, ob der Republik mit der Richtung gedient sein wird, in der die Politik der Alliierten steuert, ist fraglich. Alle Prophezeiungen sind gefährlich, aber der Triumph erscheint uns zweifelhaft. „Het Volk" schreibt: Ob die gefaßten Beschlüsse Frankreich wirklich dienlich sein werden, muß natürlich erst abgewartet werden. Man weiß auch noch nicht, was die deutsche Regierung tun wird. Daß das deutsche Volk derartige Lasten nicht bezahlen kann, wird seit langem auch außerhalb Deutschlands behauptet. Es ist doch Tatsache, daß man von dem schwachen Deutschland nichts gewinnt, ohne das Bestehen des Landes aufs Spiel zu setzen. Eine große Nation während eines halben Jahrhunderts in der Schuldknechtschaft zu halten, ist ein Risiko.

In England werden die Beschlüsse des Obersten Rates, betreffend den Gesamtbetrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungen, wie der „Telegraaf" aus London meldet, mit Zustimmung begrüßt. Natürlich finden sich auch Stimmen, die den Betrag als weit hinter den erdachten Hoffnungen zurückbleibend bezeichnen, während andere ihn wieder phantastisch nennen.

Das deutsche Mainz.

(TU) Der Korrespondent des „Echo de Paris" in Mainz stellt seit etwa 6 Monaten große Veränderungen im Stadtgebilde fest. Die französischen Geschäftsleute würden durch die deutschen schon jetzt verdrängt. Der kommerzielle Teil der französischen Unternehmungen müsse als verloren betrachtet werden. Der französische Einfluß habe auf der ganzen Linie den Rückzug angetreten. Wie der Korrespondent noch erwähnt, wurden ihm diese Mitteilungen von Generalen, Beamten und namhaften Zivilpersonen gemacht. Lediglich die französischen Truppen prägen der Stadt französischen Charakter auf.

Polnische Unverschämtheiten in Berlin.

Welche Anmaßungen die Polen sich in der Hauptstadt des Deutschen Reiches bei der Agitation für Oberschlesien herausnehmen, beweisen einige Vorfälle aus den letzten Tagen. Am Sonntag wollte der Polizeimajor Gerhart von der Berliner Polizei in einem Hause der Friedrichstraße einen polnischen Agitator festnehmen, der eine Anzahl Oberschlesier in polnischem Sinne bearbeitete. Der Polizeimajor Gerhart wurde aber sofort mit einem Schlagring ins Gesicht, und zwar derart, daß der Major für einen Augenblick die Besinnung verlor. Er mußte zur nächsten Wache gebracht werden, um verbunden zu werden. Leider gelang es dem Täter zu entkommen. Daß die Polen hier, wie sie es Sonntag im Lehrervereinshause taten, öffentliche Versammlungen abhalten, in denen sie ihre Sache verfechten und dabei natürlich die abgefeimtesten Lügen über Oberschlesien als Hauptgründe vorbringen, ist an sich schon ein starkes Stück. In welcher Hauptstadt Europas wäre wohl das entsprechende möglich, und welches Volk würde sich außer den Deutschen noch solche Herausforderungen gefallen lassen? Man muß bedenken, daß diese Versammlung vom polnischen Nationalkomitee für Oberschlesien, das in Warschau sitzt, einberufen worden war, um hier in polnischer Sprache jene dreisten Unwahrheiten vorzubringen, die die Polen täglich über Oberschlesien veröffentlichen. Von polnisch sprechenden Schlesiern wurde den fremden Agitatoren auch kräftig widersprochen, und nur die Anwesenheit der Sicherheitspolizei hinderte den Ausbruch stürmischer Tumulte.

Westfalen und Rheinland.

Hamm, 2. Febr. **(Verschiedenes.)** Die versicherungsrechtlich sehr interessante Frage, ob ein gegen Brandschaden Versicherter Entschädigung für reine Explosionsschäden verlangen kann, wenn die Explosion durch einen Brand hervorgerufen ist, hat das Reichsgericht kürzlich verneint. Es handelte sich dabei um folgenden Streitfall: In einer oberschlesischen Sprengstoffabrik fand am 5. Juni 1918 eine Explosion statt. Der dadurch hervorgerufene Luftdruck brachte die Wände und Decken der benachbarten Wohnhäuser für die Angestellten der Fabrik zum Einsturz. Durch den Einsturz wurden die den Angestellten gehörenden Sachen (Möbel, Hausrat und dergl.) teils zerstört, teils beschädigt. Die Angestellten waren bei einer mitteldeutschen Gesellschaft gegen Brandschaden versichert. Sie klagten gegen die Gesellschaft auf Ersatz ihrer Schäden, weil die Explosion die Folge eines in der Fabrik entstandenen Brandes gewesen sei. In allen Instanzen (Landgericht Oppeln, Oberlandesgericht Breslau und Reichsgericht) ist die Klage abgewiesen worden.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für:		am 31. Januar	am 25. Januar	am 15. Januar
Holland	100 Fl.	2015 Mk.	1865 Mk.	2205 Mk.
Schweden	100 Kr.	1322 „	1212 „	1430 „
Schweiz	100 Fr.	975 „	885 „	1045 „
Frankreich	100 Fr.	432 „	421 „	410 „
England	1 Pfd. St.	232 „	213 „	251 „
Amerika	1 Dollar	60.50 „	56,60 „	66,70 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

In den Magistrat tritt anstelle des ausgeschiedenen Herrn Bergrats Funcke nach den Feststellungen des Wahlausschusses Herr Photograph Ernst Braß.

Oberschlesier! Von der Bezirksgruppe Hamm der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier wird uns geschrieben: Vielfach gehen Nachrichten besorgniserregender Natur durch die Presse, welche Verzagte und Kleinmütige leicht von der Fahrt zum Abstimmungsorte zurückhalten könnten. Solche Nachrichten sind oft mit Absicht von polnischer Seite in die Zeitungen gebracht, um eben die Zahl der abstimmungsberechtigten Oberschlesier, welche für Deutschland zu stimmen bereit sind, zu verringern. Laßt Euch, liebe Landsleute, durch die Manöver nicht irre führen, sondern fahret nur ruhig zur Abstimmungsorte! Die deutsche Reichsregierung hat für Eure Sicherheit nach jeder Seite hin gesorgt. Auch dürfte sehr viel der Entente daran liegen, daß die aus dem Reiche in die Heimat eilenden Oberschlesier in Oberschlesien völlig unbehelligt bleiben und keinerlei Schaden an Eigentum, Leben und Gesundheit erleiden. Die gesamte Welt steht nämlich auf die Abstimmung in Oberschlesien. So muß den Garantiemächten des Versailler Vertrages alles daran liegen, daß Ihr unbeschädigt Oberschlesien wieder verlasset. Laßt Euch nicht einschüchtern, sondern übt Euer heiliges Recht aus, tut alle Eure Pflicht!

(Achtung! Oberschlesier!) Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilen uns mit: Alle Alle jene, welche von dem paritätischen Gemeindeausschuß ihres Abstimmungsortes den Bescheid erhalten haben, oder noch erhalten werden, daß sie nicht in die Abstimmungsliste eingetragen worden sind, wollen sich sofort bei der Bezirksgruppe Hamm (Altes Rathaus, Kleine-Weststraße Nr. 2, Zimmer 8) oder bei ihrem Ortsgruppenleiter melden, damit von hier aus sofort Protest gegen ihre Nichtaufnahme in die Abstimmungsliste eingelegt werden kann. Wir bitten dringend darum, daß dieser Aufforderung allseitig nachgekommen wird. Jedes Mitglied hat auch den erhaltenen Wahlschein unverzüglich seinem Ortsgruppenleiter abzugeben, damit wir rechtzeitig die Fahrscheine ausstellen können. Wir weisen darauf hin, daß nur derjenige fahren kann, der seinen Wahlschein rechtzeitig abgibt.

Die Beleuchtungskosten interessieren heute bei der riesigen Steigerung der Preise für Beleuchtungsmittel fast jeden Einwohner. Besonders die Hausfrauen finden die hohe Gasrechnung unerklärlich, die Petroleumpreise als zu hoch usw. In einer Zeitung wurden nun Vergleiche gezogen zwischen den einzelnen Beleuchtungsarten und den Kosten dafür. Danach erzeugen eine Helligkeit von 100 Kerzen 1. 22 Stearinlichte, 2. 4 Petroleum-, 3 Gasglühlichtbrenner und 4. 1 elektrisches Glühlicht (40 Volt). Die Kosten betragen je Stunde 22 Stearinlichte 4,40 Mk., 4 Petroleumlampen 2,40 Mk., 1 Gasglühlicht 21 Pfg., 1 elektr. Licht (40 Volt) 19,5 Pfg. Bei Aufstellung einer Kostenrechnung ist aber weiter zu berücksichtigen der Verbrauch an Materialien, z. B. die kurze Brenndauer der heutigen Glühstrümpfe usw. Aus obigem ist wieder ersichtlich, daß das elektrische Licht das billigste Licht ist.

(Keine Erhöhung der Brotration.) Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird dem Wolffbüro geschrieben: In der Wiedergabe der Rede des Reichsministers Dr. Hermes in der Reichstagssitzung vom 29. Jan. sind bei den meisten Zeitungen sinnentstellende Fehler enthalten. Der Minister hat erklärt, daß die bisherige Brotration aufrecht erhalten werden könne und daß daneben die Haushaltungsmehlration (Kochmehlration) vom 15. 2. ab von 150 auf 200 Gramm wöchentlich pro Kopf erhöht werden soll.

(Einfuhr von ausländischem Schmalz.) Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, wurde von den zuständigen Stellen die Freigabe der Einfuhr von ausländischem Schmalz, die bereits auf der Dresdener Konferenz der Ernährungsminister grundsätzlich in Aussicht genommen war und schon am 1. 2. in Kraft treten sollte, endgültig beschlossen. Die Freigabe dürfte indessen nicht vor 14 Tagen erfolgen. Auch bezüglich der Einfuhr von Fleisch seien Erleichterungen in Aussicht genommen, ohne daß über den Umfang und den Termin augenblicklich etwas gesagt werden könne.

(Einbruchsdiebstahl.) Die Dreistigkeit und Raffinesse der Einbrecher übersteigt bald alle Grenzen. Montag abend um die fünfte Stunde drangen Diebe in die oberen Räume des Herrn Hausemann, Weststraße, schlossen ein Zimmer hinter sich zu, packten die Kleidungsstücke dort zusammen und verschwanden dann damit. Der Wert der gestohlenen Sachen beläuft sich auf ca. 15 000 Mark. Gestohlen wurden 1 Sammetmantel, 1 Herrenhose, Blusen, Mäntel usw.

? **Pelkum**, 2. Febr. **(Wieder ein Raubüberfall in einem Konsumgeschäft.)** Am Samstag gegen 6½ Uhr abends drangen zwei mit Revolvern bewaffnete Räuber in das Konsumgeschäft Gabriel ein. Das anwesende Publikum und die Verkäuferin wurden mit Erschießen bedroht, sofern sie einen Schrei ausstoßen würden. Während der eine Räuber das Publikum in Schach hielt, begab sich der zweite Räuber zur Kassette und entnahm derselben 10 700 Mark in Tausend-, Hundert-, Fünfzig-, Zehn-, Zwei- und Einmarkscheinen, mehrere Brotscheine und Zuckerscheine Nr. 2 3, ferner Bezugsscheine Nr. 31 und 36 der Zeche „de Wendel" über Schmalzzulage für Bergarbeiter. Die im Laden anwesenden Frauen — es war zufällig keine Mannsperson anwesend — fielen teilweise aus Angst in Weinkrämpfe. Die Täter werden wie folgt beschrieben: 1. 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank, längliches, glattrasiertes Gesicht, ziemlich lange Nase, dunkle Augen, 23—25 Jahre alt, grauer Joppenanzug mit Brusttaschen und Gurt, Engländermütze, kariert; 2. 1,65 bis 1,68 Meter groß, schlank, glatt rasiert, schmales blasses Gesicht, gebogene Nase, dunkle Augenbrauen, grauer Joppenanzug und ebenfalls eine sogenannte Engländermütze (kariert).

Husen, 2. Febr. **Die Vereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier**, Bezirksgruppe Hamm, veranstaltete zum Besten der Abstimmung einen Lichtbildervortrag, der in der Zeit von 3—9 Uhr im Lokale Lünenbürger stattfand. Die gesamte Schülerzahl von Husen fand Gelegenheit, Oberschlesien und seinen Wert kennen zu lernen. Leider war eine spätere Versammlung, die für die Erwachsenen bestimmt war, nicht ganz so besucht, wie es gern gesehen wäre. Der Vertreter der Vereinigten Verbände, Seminarlehrer Haeckel-Hamm, hob in längerem Vortrage die Bedeutung des Abstimmungsgebietes für das deutsche Wirtschaftsleben hervor und zeigte sodann die Schönheit und den Reichtum des Landes in Wort und Bild. Einige hundert Mark Ueberschuß konnten der Abstimmungskasse zugeführt werden.

? **Lünen**, 2. Febr. **(Festgenommene Fahrraddiebe.)** Am Freitag wurden von der hiesigen Kriminalpolizei die Arbeiter May Heix und Wilhelm Lange festgenommen. Sie haben am selben Tage in Lünen zwei Fahrräder gestohlen, die ohne Aufsicht auf der Straße gestanden hatten. Nachdem Heix ein Rad entwendet hatte und sich beobachtet fühlte, flüchtete er. Als man seine Verfolgung aufnahm, versuchte er auf einem zweiten vor einem Geschäft stehenden Rade zu entkommen. Die Burschen, die in Dortmund wohnen, scheinen es lediglich auf Fahrräder abgesehen zu haben. Bisher sind ihnen sieben Fahrraddiebstähle nachgewiesen worden. Die Fahrräder konnten bei ihnen beschlagnahmt und den Eigentümern zurückgegeben werden. Heix und Lange wurden dem Amtsgericht zugeführt.

? **Lünen**, 2. Febr. **(Raubüberfall.)** Am 26. Januar kamen abends gegen 7 Uhr zwei maskierte und bewaffnete Personen in das Kolonialwarengeschäft von Roland und verübten einen Raubüberfall. Den Räubern ist die Ladenkasse mit etwa 200 Mark Inhalt in die Hände gefallen. Hoffentlich werden die Täter bald erwischt und hinter Schloß und Riegel gebracht.

** **Dortmund**, 1. Febr. **(Protestversammlung gegen die Sozialisierung.)** Eine Versammlung als Kundgebung gegen die Vorschläge der Sozialisierungskommission, in der Oberbürgermeister a. D. Handelskammersyndikus Dr. Most, M. d. R., sprechen sollte, veranstalteten der Verband kaufmännischer Fachvereine im Handelskammerbezirk Dortmund, die Handelskammer und die Handwerkerschaft. In Vertretung von Dr. Most sprachen Dr. Ramin und der Verbandsdirektor Korthaus. Korthaus bezeichnete die Mitglieder der Kommunalisierungskommission als Anhänger der radikalen sozialistischen Linken. Seine Ansicht über die Annahme des Entwurfes gehe dahin, daß dieser im Reichstag keine Mehrheit, aber auch keine ausreichende Gegnerschaft finden dürfte, sodaß wahrscheinlich ein Kompromiß zustande käme. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der es heißt: Durchdrungen von der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedeutung der Unternehmerpersönlichkeit in Groß-, Mittel- und Kleinhandwerkerbetrieben lehnt die Versammlung die Vorschläge der Sozialisierungskommission aufs nachdrücklichste ab. Die Auffassung der Kommission: „Die Kommunalisierung ist Sache der Kommunen" lehnt die Versammlung ab und stellt als Grundsatz auf, die Kommunalisierung ist Sache der deutschen Volkswirtschaft. Nur deren Interessen dürfen für die Frage entscheidend sein, ob und in wieweit den Gemeinden bisher von ihnen nicht besessene Rechte verliehen werden sollen. Die versammelten Vertreter von Handel, Gewerbe und Handwerk erachten sich mit dem Bergbau als der Grundlage des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens auf Gedeih und Verderb verbunden. Jede Maßnahme, die die Produktivität des Bergbaues in Frage stellt, gefährdet auch ihr Leben.

(s) **Fierlohn**, 1. Febr. **(Skandalöse Vorgänge in einer Jugendherberge.)** Die unter diesem Namen durch die Presse gegangene Nachricht hat sich, wie der Verband für Deutsche Jugendherbergen, Sitz Altena i. W., mitteilt, nicht nur als übertrieben, sondern als unwahr herausgestellt. Am Silvesterabend regnete es in Strömen, es konnten also keine Tänze im Hemd auf dem Schulhof veranstaltet werden. Eine in der Grürmannsheide wohnende Frau kam, nach Landessitte, den Oberrock als Regenschutz über den Kopf geschlagen, sodaß man ihre weißen Unterröcke sah, nach Hause. Auch sind am Neujahrstage keine Nackttänze aufgeführt worden. Zwei Mädchen haben lediglich, ganz außer Sicht- und Rufweite, von der übrigen Wanderschar, in einem versteckten Heidewinkel ein Licht- und Luftbad genommen. Gegen den Wirt von der Grürmannsheide, der solch entstellende Nachrichten verbreitet hat, ist Strafantrag gestellt worden. — (Das Licht- und Luftbad bei dem strömenden Regen scheint doch nicht so versteckt genommen zu sein, daß man nichts davon bemerkt hat.)

Hagen, 31. Jan. **(50 Jahre Pfarrer.)** Am 9. Februar 1921 ist Superintendent zur Nieden 50 Jahre als Pastor in Hagen tätig. Geboren in Dahl am 18. August 1843, war er längere Zeit im Schuldienst tätig. Am 9. Februar 1871 wurde er in der neugegründeten 3. Pfarrstelle in Hagen eingeführt und ordiniert. 1872 wurde er zweiter, 1873 erster Pfarrer. — Superintendent zur Nieden hat sich besonders große Verdienste um unsere heimatliche Geschichtsforschung erworben und viel darüber veröffentlicht. An seinem Ehrentage werden ihm mancherlei Ehrungen zuteil werden. In seiner Hagener Gemeinde wird der Tag ganz besonders gefeiert werden. Es dürfte äußerst selten vorkommen, daß ein Pfarrer 50jähriges Dienstjubiläum an seiner Pfarre begeht.

! **Hagen**, 31. Jan. **(An den Unrechten gekommen.)** Mittwoch nachmittag erschien in einem hiesigen Zigarrengeschäft ein angeblicher Flüchtling und bat um eine Zigarre. Um den Inhaber auch wirklich davon zu überzeugen, daß er Flüchtling sei, machte er Anzeichen, seine Papiere vorzulegen. Statt dessen aber zog er einen Revolver und bedrohte den Inhaber des Geschäftes. Doch hatte er die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Der Inhaber ließ sich nicht einschüchtern, griff sofort zu einem Gegenstand und versetzte dem Unhold eine ordentliche Tracht Prügel, worauf dieser das Hasenpanier ergriff. Leider gelang es ihm, unerkannt zu entkommen.

! **Voerde**, 27. Jan. **(Einer, der sich ins Fäustchen lacht.)** Als Wohltäter der Menschheit bezeichnete der Vorsitzende der Hagener Strafkammer einen hiesigen Metzger, der sich wegen Schwarzschlachtung in der Berufungsinstanz zu verantworten hatte. Das Schöffengericht hätte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in Gevelsberg eine Kuh heimlich geschlachtet und das Fleisch verschoben haben soll. Die Strafe fiel so hart aus, weil der Angeklagte, wie es im Urteil heißt, weit und breit als Schwarzschlächter bekannt war. Wie festgestellt wurde, hat der Beschuldigte in den letzten Kriegsjahren zunächst mit behördlicher Erlaubnis (!) schwarz geschlachtet zur besseren Fleischversorgung der Arbeiter. Dann ist er für eigene Rechnung tätig gewesen und das Fleisch ging nach Barmen, wo es in die Hotelküchen gewandert ist. Nun ist inzwischen die Zwangsbewirtschaftung in Fleisch aufgehoben und dabei bestimmt worden, daß Verstöße gegen die Bestimmungen über die Regelung des Fleischverkehrs nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden sollen. Mit Rücksicht hierauf wurde das Verfahren eingestellt. Die Verkäuferin der Kuh, eine Landwirtin, war zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, hatte sich bei dem Urteil beruhigt und Strafe und Kosten bezahlt. Sie hat jetzt das Nachsehen.

** **Bochum**, 27. Jan. **Der Mehrfehlbetrag** im diesjährigen Haushaltsplan der Stadt Bochum beläuft sich auf 7,6 Millionen Mark. Zu seiner Deckung schlägt die Stadtverwaltung die Erhebung eines 5. Steuerquartals von den Realsteuern vor. Eine entsprechende Vorlage ist der Stadtverordnetenversammlung bereits zugegangen. Für das kommende Steuerjahr will die Stadt eine neue Steuerquelle erschließen, indem sie eine Vorlage ausgearbeitet hat, die die Erhebung einer Steuer von übergroßen Wohnungen vorsieht. Die Steuer soll erst von zwei und mehr überzähligen Räumen erhoben werden und soll betragen: für zwei überzählige Wohnräume 500 Mk., für drei 1000 Mk. und für vier 2000 Mk., für jeden weiteren überzähligen Wohnraum 2000 Mk. mehr.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

40. Fortsetzung.

Ueberrascht sah Lotte auf.

„Das hat er dir angeboten?" fragte sie atemlos.

„Ja."

„Und du?"

„Ich habe ihm selbstverständlich gesagt, daß wir das keinesfalls annehmen können."

Lotte umarmte die Schwester.

„Du hast ja recht, Dagmar, man kann es nicht annehmen. Aber es ist schrecklich schade. Weißt du, Dagmar, sag Mama lieber nicht, daß er dir das angeboten hat. sie ist vielleicht nicht stark genug, es abzulehnen. Ich könnte auch weinen, daß wir es tun müssen. Mein liebes Schönau! Ich glaube, ich gräme mich zu Tode, wenn ich erst nicht mehr hier sein kann."

Dagmar zog die Schwester fest an sich.

„Tapfer sein, meine Lotte. Wir wollen uns das Herz nicht noch schwerer machen. Und Mama wollen wir nichts sagen. Du hast recht, sie ist jetzt so haltlos, daß sie vielleicht doch zugreifen würde. Und das darf nicht sein. Unser Stolz ist das Einzige noch, das uns Halt gibt. Herr Jansen ist uns immerhin ein Fremder, und wir haben seine Güte schon in weitgehendstem Maße in Anspruch genommen."

Zaghaft sah Lotte zur Schwester auf.

„Ich glaube, er würde sehr gern noch mehr für uns tun. Sicher hat er uns gern. Meinst du nicht auch?"

Dagmar ahnte nicht, wo Lotte hinauswollte.

„Ich glaube sicher, daß wir ihm sehr sympathisch sind, das beruht auf Gegenseitigkeit. Aber es bedrückt mich trotzdem, daß wir soviel von ihm annehmen müssen. Ich habe sogar das Gefühl, als bezahle er Schönau zu hoch. Wenn man ihm seine Güte nur vergelten könnte."

Lotte dachte bei sich, daß dies sehr wohl in Dagmars Macht läge. Aber sie sprach es nicht aus.

„Wir wollen recht nett zu seiner Mutter sein, auch wenn sie uns gar nicht gefallen sollte. Er scheint sie sehr zu lieben", sagte sie.

„Ja, das tut er. Ich glaube ganz sicher, daß sie uns gefallen wird, und daß es uns gar nicht schwer werden wird, liebenswürdig zu ihr zu sein. Sie hat ein liebes, gutes Gesicht."

„Ich habe sie auch schon von weitem gesehen. Daher habe ich aber wenig auf sie geachtet, weil ich immer nur mein ganzes Interesse auf Herrn Jansen konzentrierte. Weißt du, er verkörperte sozusagen die Romantik in meinem sonst so nüchternen Dasein."

Dagmar lächelte ein wenig.

„Es war also dein erster Schwarm."

Lotte nickte.

„Ja, mein erster. Mein zweiter Schwarm ist ein Leutnant."

„Ach, du hast es schon zu einem zweiten Schwarm gebracht?"

Lotte lachte verlegen.

„Jawohl. Aber da schwärme ich nicht so ganz einseitig."

„Er, Lotte, was entdecke ich da? Wer ist denn dieser zweite Schwarm?"

„Der Bruder von Hanna von Wollin, meiner Pensionsfreundin."

„Woher kennst du ihn denn?"

„Er war Ostern einige Tage in Genf und hat seine Schwester von der Pension abgeholt, um sie nach Hause zu begleiten. Und da sind wir viel zusammengewesen. Ich sollte Hanna im August in Wollin auf einige Wochen besuchen, und auch ihr Bruder wollte dann dort sein. Aber — aus diesem schönen Plan wird nun nichts werden. Inzwischen hat sich ja soviel geändert. Ich bin nun nicht mehr die Tochter des Freiherrn von Schönau auf Schönau, sondern ein ganz armes Mädel. Und mit der Schwärmerei wird es da beiderseitig aus sein müssen."

Bei diesen Worten war Lottes frisches Gesicht ein wenig blaß geworden, und die blauen Augen blickten nicht so klar als sonst.

Dagmar drückte ihr Köpfchen an ihre Brust.

„Meine kleine Lotte, nimm dich vor Herzweh in acht", sagte sie leise, mit einer Stimme, die von ungeweinten Tränen zitterte.

Lotte richtete sich auf und sah sie forschend an.

„Dagmar — das klang so seltsam — so, als hättest du dich vor Herzweh nicht in acht genommen."

Ein harter, bitterer Zug erschien um Dagmars Mund.

„Ein armes Mädchen darf kein Herz haben. Es wird doch nur darauf getreten."

Lotte umarmte die Schwester, als wollte sie sie vor einem Leid bewahren.

„Dagmar — liebe, liebe Schwester?"

Es lag eine bange Frage in diesen Worten.

Die Komtesse richtete sich empor.

„Komm, Lotte, wir wollen nach Mama sehen", sagte sie ablenkend.

Lotte ging mit ihr. Aber obwohl sie nicht fragte, mußte sie in der nächsten Zeit viel grübeln, weshalb Dagmar so elend ausgesehen und so herb und bitter davon gesprochen hatte, daß ein armes Mädchen kein Herz haben dürfe.

Es fiel ihr wieder ein, was die Mutter heute nachmittag, als sie mit ihr allein war, zu ihr gesagt hatte.

„Weißt du, Lotte, ob Dagmar für Baron Korff ein besonderes Interesse hat? Ihr jungen Mädchen pflegt euch doch solche Dinge anzuvertrauen, und ich wüßte gern, ob Dagmars Herz schon irgendwie gesprochen hat."

Sie hatte der Wahrheit gemäß geantwortet:

„Nein, Mama, davon weiß ich nichts. Dagmar hat mir nichts anvertraut, und beobachtet habe ich auch nichts."

Die Mutter hatte darauf erwidert:

„Vielleicht kannst du es vorsichtig ergründen. Aber Dagmar darf nichts davon merken, hörst du. Ich wüßte es aus bestimmten Gründen sehr gern."

Darauf hatte Lotte nichts erwidert. Aber sie hatte gedacht:

„Fällt mir gar nicht ein, Dagmars Herzensangelegenheiten auszukundschaften, wenn sie sich mir nicht selbst anvertraut."

Nun kam ihr diese Unterredung wieder in den Sinn.

Sollte Baron Korff der Mann sein, an den Dagmar gedacht hatte, als sie vorhin so wehe und bittere Worte gesprochen hatte? Sah sie deshalb so elend und blaß aus?

Baron Korff war freilich der glänzendste und schneidigste Offizier der Garnison.

Als sie zu Weihnachten in den Ferien in Schönau gewesen war, hatte sie beobachtet, daß er sich viel um Dagmar bemüht hatte. Aber neulich, bei Papas Beerdigung, hatte er kaum zehn Worte mit Dagmar gesprochen. Es war ihr sogar aufgefallen, daß Dagmar sehr kühl und stolz ihm gegenüber gewesen war. Konnte das aber nicht gerade ein Beweis dafür sein, daß Dagmar an Korff eine Enttäuschung erlebt hatte?

Lottes „sechster Sinn", der durch eiserne Türen sah und das Gras wachsen hörte, verhalf ihr zu allerlei Ergebnissen ihrer sorgenvollen Grübeleien. Die Gedanken führten einen unruhigen Tanz auf in ihrem Köpfchen. Aber schließlich machte sie sich energisch davon frei.

Ich kann ja doch nicht helfen. Schließlich kommt alles, wie es kommen soll. Am schönsten wäre es doch, wenn Dagmar ihr Herz Herrn Jansen zuwenden könnte. Das wäre aber beinahe zu schön, und deshalb wird nichts daraus werden.

Damit gab Lotte ihren Gedanken eine andere Richtung.

* * *

(Fortsetzung folgt.)

Buer, 31. Jan. **Auf der Zeche Scholven** wurden von herabfallenden Gesteinsmassen zwei Bergleute getötet und 3 schwer verletzt.

(g) **Milte**, 31. Jan. **Ein überaus frecher Raubanfall** wurde hier Freitag abend auf dem Gehöft des Gutsbesitzers Eschkotte in der Bauerschaft Beverstrang ausgeführt. Während die Familie beim Abendessen saß, drangen vier Kerle in das Haus, fesselten unter vorgehaltenen Waffen alle Anwesenden, einen nach dem andern, und sperrten dann die Gefesselten in den Keller. Sie drohten den Gefangenen, daß sie sämtlich umgebracht werden würden, wenn sie nicht mindestens zwei Stunden ruhig in dem Keller verblieben. Alsdann durchsuchten die Räuber das Haus und raubten 8000 Mark Geld, 2 Anzüge, 1 goldene Uhr und sonstiges. Nach 2 Stunden gelang es einem eingesperrten Knecht, sich zu befreien und die Nachbarschaft zu alarmieren. Die Räuber suchten auf Boden das Weite, ließen aber in der Küche eine Brieftasche zurück mit 2500 Mark Inhalt und Papieren, die auf den Namen Peter Brinkrolf aus Grefen lautete. Die Brieftasche wurde den Räubern zum Verhängnis. Brinkrolf besaß die unglaubliche Frechheit, um 12 Uhr auf den Hof zurückzukommen und die Herausgabe der Brieftasche zu verlangen. Der freche Bursche wurde alsbald ergriffen und der Polizei übergeben. Er hatte sein Rad einige Tage vorher von einem Knecht des Herrn Eschkotte gekauft. Die Namen seiner Mitschuldigen hat der Räuber bisher nicht genannt.

(g) **Selm**, 1. Februar. **(Raubüberfall.)** In der Nacht wurden, laut „Lüdingh. Ztg.", die Eheleute Schuhmacher und Kötter Heinrich Lücke im Kirchspiel Selm durch ein verdächtiges Geräusch aus dem Schlafe geweckt. Mehrere unbekannte Personen forderten gebieterisch Einlaß. Als die erschreckten Hausbewohner, die bereits im Jahre 1919 das Opfer eines Raubüberfalles geworden sind, dieser Aufforderung nicht nachkamen, wurde ein Stein gegen das Fenster geschleudert und die Scheibe zertrümmert, worauf die Banditen eindrangen. Vier bewaffnete, robuste Kerle drangen auf den Ehemann, der ihnen mit einer brennenden Laterne entgegenging, ein, schlugen ihm die Lampe aus der Hand und drohten, ihn, falls er sich nicht ruhig verhalten sollte, niederzuschießen. Er wurde gewaltsam in das Schlafzimmer zurückgebracht und dort mit seiner Ehefrau in Schach gehalten, während drei der Banditen das Haus durchsuchten und alles heranholten, was ihnen als wertvoll erschien, darunter sämtliche Fleischvorräte und Kleidungsstücke, das vorhandene Bargeld und andere Wertgegenstände, sodaß das Haus buchstäblich ausgeplündert wurde. Der im Hause wohnende 16jährige Pflegesohn wurde von den Räubern gezwungen, ihnen beim Einpacken der geraubten Sachen in mitgebrachte Säcke behilflich zu sein. Als der Ehemann sich einem der Räuber gegenüber zur Wehr setzte, wurde er von diesem mittels eines Stockes mißhandelt. Mit vorgehaltenen Waffen entfernten sich darauf die Banditen mit ihrem Raube in unbekannter Richtung.

** **Essen**, 29. Jan. **Eine exemplarische Strafe** verhängte das Wuchergericht über den Bäcker August Wurst aus Düsseldorf, der englische Zigaretten eingeschmuggelt und weiterverkauft hat. Der Angeklagte betrieb den Zigarettenhandel gewerbsmäßig und in großem Umfange. Ständig fuhr er nach Aachen und an die holländische Grenze, wo er englische Zigaretten massenweise unverzollt einschmuggelte und sie dann in Düsseldorf und in der ganzen näheren und weiteren Umgebung an Wiederverkäufer und Privatverbraucher absetzte. Als er in Stoppenberg bei Essen einem Kantinenwirt über 100 Pakete überbrachte, wurde er verhaftet. Das Wuchergericht verurteilte ihn wegen unerlaubter Einfuhr von Zigaretten und unbefugten Großhandels zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten und 30 000 Mark Geldstrafe.

„-" **Elberfeld**, 1. Febr. **Ein Einbrecher**, der von einem Kriminalbeamten festgenommen werden sollte, dabei aber entsprang, feuerte auf den ihn verfolgenden Beamten. Die Kugel traf die des Weges kommende Putzmacherin Menradt und verletzte sie lebensgefährlich. Der Verbrecher, ein gewisser Paul Mohrig, ist entkommen.

Duisburg, 1. Febr. **(Die Verschütteten der Zeche „Westend".)** Vier der auf der Zeche „Westend" verschütteten Bergleute sind, nachdem sie 48 Stunden eingeschlossen waren, unverletzt geborgen. 4 Bergleute werden noch vermißt. Man nimmt an, daß sie unter dem niedergegangenen Gestein begraben liegen, da man keinerlei Lebenszeichen von ihnen vernahm.

** **Mülheim** (Ruhr), 1. Febr. **Die Stadt Mülheim** ist von zwei Schwindlern um rund 529 000 Mark betrogen worden. Sie kaufte von diesen zwei Waggons Speck für 580 000 Mk. Das Geld sollte gegen Vorzeigung eines Duplikatfrachtbriefes und eines Scheines über den Gesundheitsbefund der Ware bei einem Bankhaus in Düsseldorf erhoben werden. Die Schwindler sandten nun der Stadt [illegible] Kisten mit Speck zu je 15 Kilo, änderten die Zahl in 15 000 um, erhoben das Geld beim Bankhaus und suchten das Weite.

(W) **Köln**, 1. Febr. **(Wilder Streik.)** Die Direktion der Farbwerke Leverkusen veröffentlicht folgende Mitteilung: In den Farbwerken, vormals Friedr. Bayer & Co., Leverkusen, brach am Sonnabend, den 29. 1. ein wilder Streik aus. Die Betriebe, einschließlich der lebenswichtigen und für die gesamte Produktion grundlegenden Schwefelsäurefabrik, liegen still. Der Grund des Ausstandes ist die tarifwidrige und technisch unmögliche Forderung der restlosen Durchführung der 48-Stunden-Woche, auch bei Ableistung notwendiger Ueberstunden. Die Veranlassung ist die Entlassung eines Arbeiters, wegen unbefugten Verlassens der Arbeitsstätte zwecks Abfeierns von Ueberstunden. Der Schaden ist sehr groß. Die Aufnahme des Betriebes in dem bisherigen Umfang ist für längere Zeit unmöglich.

** **Köln**, 29. Jan. **(Auslandschiebungen auch in Zeitungsdruckpapier.)** Die hiesige Polizei ist hinter Riesenschiebungen mit Zeitungsdruckpapier gekommen. Es wurden 60 Waggon, die über Köln ins Ausland verschoben werden sollten und die einen Wert von ungefähr 4 Millionen Mark hatten, beschlagnahmt und von der Landeskontrolle des Reichsbeauftragten für Ein- und Ausfuhr für verfallen, zu Gunsten des Reiches, erklärt. Die Sendungen wurden fälschlich als Klosettpapier deklariert, da dieses mit Genehmigung ausgeführt werden darf. Leider sind mehrere Waggon, von deutschen Fabriken hergestelltes Zeitungsdruckpapier ins Ausland gewandert, wofür sich die Schieber auf Grund falscher Angaben die Bewilligung zur Ausfuhr erschlichen hatten. Verhaftungen sind bereits vorgenommen und die Untersuchung zieht weite Kreise. Demnächst werden die Kölner Gerichte sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

(s) **Cleve**, 1. Febr. **(Aufgeklärter Mord.)** Der unter dem Verdacht, die Anna Artz ermordet zu haben, verhaftete Arbeiter Grotmann hat nach anfänglichem Leugnen ein Geständnis abgelegt. Um sich der Folgen des Verkehrs mit der A. zu entziehen, hat er sie mit einem Strick erdrosselt und unter den Baum mit dem abgebrochenen Ast gelegt.

Entgegenkommen des Finanzministers beim Notopfer.

Im Steuerausschuß des Reichstags glaubte der Finanzminister Dr. Wirth, den Anträgen über die Veranlagung des Ertragswertes landwirtschaftlicher Grundstücke mit der Anregung entgegenzukommen, daß gestattet werden solle, zwei weitere Wirtschaftsjahre, die Jahre 1912/13 und 1913/14, für die Berechnung mit heranzuziehen. Hinsichtlich der selbstgezeichneten Kriegsanleihen gab der Minister die Erklärung ab, daß er auf Grund des Paragraphen 43 Absatz 5 des Reichsnotopfergesetzes folgende Anordnungen treffen werde: erstens nachweislich selbstgezeichnete Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs werden bis zum Ablauf eines Monats nach Zustellung des einstweiligen Steuerbescheids (Paragraph 5 des Gesetzes betreffend die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers vom 22. Dezember 1920) zu den im Paragraphen 43 Absatz 1 des Reichsnotopfergesetzes bezeichneten Vorzugskursen auf das Reichsnotopfer in Zahlung genommen; zweitens Abgabepflichtige, die selbstgezeichnete Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen oder Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs auf die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 oder auf die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs in Zahlung gegeben haben, können die im Wege der Erstattung auf diese Kriegsabgabe zurückerhaltenen Kriegsanleihestücke bis zum Ablauf eines Monats nach der Ausreichung durch die Hebestelle zu den im Paragraphen 43 Absatz 1 des Gesetzes über das Reichsnotopfer bezeichneten Vorzugskursen in Zahlung geben. Eine Bekanntmachung in diesem Sinne werde demnächst erlassen werden. Zu einer Beschlußfassung des Steuerausschusses kam es nicht, weder bei der Beratung der Reichsnotopfer- noch der Einkommensteuernovelle.

Die Aenderung der preußischen Stempelsteuergesetzgebung.

Am 1. Februar treten die von der preußischen verfassunggebenden Landesversammlung in ihrer letzten Sitzung beschlossenen Aenderungen des preußischen Stempelsteuergesetzes in Kraft. Unter einstweiliger Zurückstellung einer grundlegenden Neugestaltung des geltenden preußischen Stempelsteuerrechts ist die allgemeine Erhebung prozentualer Zuschläge zu den Steuersätzen der Stempeltarife vorgeschrieben, und zwar soweit die Höhe des im Einzelfall zu erhebenden Stempelbetrags nicht nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen ist, in der Höhe von 300 v. H., im übrigen in der Höhe von 100 v. H. Eine Ausnahme gilt für Pacht- und Mietverträge über inländische, nicht land- oder forstwirtschaftlichen Nutzungen dienende Grundstücke, Gebäude und Räume, und über inländische, den unbeweglichen Sachen gleichgeartete Rechte, deren Besteuerung auch fernerhin nach den geltenden Tarifsätzen ohne Zuschläge erfolgt. Gleichzeitig tritt eine Aenderung der geltenden Befreiungsvorschriften insofern ein, als Urkunden über Gegenstände, deren Wert nach Geld geschätzt werden kann, in Zukunft von der Stempelsteuer befreit sind, wenn dieser Wert 300 Mark (bisher 150 Mark) nicht übersteigt, und Arbeits- und Dienstverträge stempelfrei werden, wenn der Jahresbetrag der Gegenleistung 15 000 (bisher 1500 Mark) nicht übersteigt. Das Gesetz, dessen Ausführung dem Finanzminister obliegt, gilt für die Zeit vom 1. Februar 1921 bis zum 31. März 1922.

Die Neugestaltung des Fernsprechtarifs.

Ueber die künftige Gestaltung des Fernsprechtarifs hört die „Vossische Zeitung" von maßgebender Stelle folgendes: Das Pauschalgebührensystem wird in Zukunft völlig wegfallen. Nach der neuen Verordnung sollen die Fernsprechteilnehmer eine Grundgebühr zahlen, außerdem eine Gesprächsgebühr. Die Gesprächsgebühr soll aber nicht einheitlich geregelt werden, wie bisher, wo für jedes über die kontingentierte Zahl herausgehendes Gespräch 20 Pfg. bezahlt werden mußte, sondern die Fernsprechteilnehmer sollen je nach der Zahl der im Laufe des Jahres geführten Gespräche in Gruppen eingeteilt werden, und für jede Gruppe soll eine bestimmte jährliche Gesprächsgebühr festgesetzt werden. Die Gesprächsgebühren werden um so höher sein, je größer die Zahl der Gespräche ist. Die Einteilung der Gruppen und die Staffelung der Gebühren für diese Gruppen steht noch nicht fest. Aber im großen und ganzen dürften sie so gestaffelt werden, daß der billigste Apparat jährlich 400 Mark kosten würde und der teuerste, meist gebrauchte Apparat bis zu 10 000 Mark, mehr als das Zehnfache von dem, was ein Anschluß mit Pauschalgebühren jetzt in Berlin kostet. Hand in Hand mit dieser Neugestaltung wird die Einführung eines automatischen Sprechzählers gehen. Es wird aber nicht möglich sein, alle Fernsprechämter in kurzer Frist mit diesen Automaten auszustatten, so daß vielfach noch eine Zählung durch Beamtinnen wird erfolgen müssen. Es ist dafür die Anwendung eines Systems geplant, das Vergeßlichkeiten und Irrtümer nach Möglichkeit ausschaltet. Nicht so beträchtlich, wie die Erhöhung für Fernsprechanschlüsse, wird die für auswärtige Ferngespräche sein. Das Reichspostministerium beschäftigt sich zurzeit auch mit dem Plan des Ausbaues des Telephonnetzes im Reich, das trotz aller technischen Vervollkommnungen doch so überlastet ist, daß es den Anforderungen nicht genügt. Der Plan, der demnächst in Form einer Denkschrift der Oeffentlichkeit unterbreitet werden soll, sieht die Anlage eines unterirdischen Telephonkabelnetzes vor, das in 5 Jahren gelegt werden soll. Die Kosten sind mit 9 Milliarden Mark veranschlagt.

Weitere Nachrichten.

— **(Der nationale Trauertag.)** Bekanntlich liegt dem Reichstage ein Antrag der Regierungsparteien vor, einen nationalen Trauertag für die Gefallenen des Weltkrieges einzuführen. Wie wir hören, ist beabsichtigt, den ersten Märzsonntag hierfür in Aussicht zu nehmen. Die Deutschnationalen werden beantragen, einen anderen Tag zu wählen, der eine Erinnerung an den Weltkrieg in sich trägt, einen Schlachtentag oder den Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages. Der Antrag soll noch im Februar erledigt werden.

— **(Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien?)** Wie das Berl. Tagebl. von gut unterrichteter Seite hört, ist die Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien vom 13. März auf ein späteres Datum wahrscheinlich. Der Termin für die Eintragung in die Stimmlisten soll, wie das gleiche Blatt erfährt, angeblich um sechs Tage verlängert werden.

— **(Internationaler Bergarbeiterkongreß in Köln.)** Das Internationale Arbeiterkomitee hat in seiner in London abgehaltenen Sitzung beschlossen, einen internationalen Bergarbeiterkongreß in Köln abzuhalten. Der Beginn der Verhandlungen wurde auf den 8. August festgesetzt.

— **(Die Bischöfe zu den Preußenwahlen.)** Der Erzbischof von Köln und die Bischöfe von Trier, Münster, Osnabrück, Hildesheim und Paderborn haben eine Kundgebung zu den Wahlen in Preußen erlassen, die von der Kanzel verlesen wird. Jede weitere Erörterung der Wahlen auf der Kanzel haben die Bischöfe verboten. Der Erlaß betont die weittragende Bedeutung der Wahlen für den Bestand und die Ordnung des Staatswesens, für die Ruhe und Freiheit der Kirche und für die Erhaltung der konfessionellen Schule und bezeichnet es als Pflicht der Katholiken, am 20. Februar an der Wahlurne zu erscheinen und nur für solche Vertreter zu stimmen, die für die Verteidigung der Religion und Sittlichkeit eintreten.

— **(Die Betriebsbilanz).** Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages nahm gegen die Stimmen der Sozialdemokraten einen von allen übrigen Parteien gestellten Kompromißantrag zum § 1 des Gesetzes über die Betriebsbilanz folgenden Wortlautes an: Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. 2. 20 vorzulegende Betriebsbilanz muß nach den für Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen die Bestandteile des Vermögens und die Schulden des Unternehmens derartig ersehen lassen, daß sie für sich allein, unabhängig von Urkunden eine Uebersicht über den Vermögensbestand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht. Dazu wurde noch ein § 1 a hinzugefügt, wonach zur Erleichterung der Betriebsbilanz über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben ist.

— **(Schwere Unruhen in Rom.)** In Rom sind schwere Unruhen ausgebrochen. Während die römische Kammer die Interpellation der Sozialisten erörterte, die sich beschweren, daß sie keinen genügenden Schutz durch die Polizei genießen, veranstalteten die Studenten große Demonstrationen wegen der Gewalttätigkeiten der Sozialisten gegen Modana in Florenz. Sie veranstalteten Umzüge durch die Stadt und kamen auf den Platz San Silvestro, wo sich das Postgebäude befindet. Der Platz war abgesperrt. Es gelang aber den Demonstranten, ihn zum Teil zu besetzen. Gleichzeitig errichteten die Postbeamten Barrikaden, die durch die königliche Garde gestürmt wurden. Hierauf wurde das Postgebäude militärisch besetzt.

— **Hauptmann von Beerfelde unter der Anklage des Schleichhandels.** Der aus den Novembertagen von 1918 bekannte Hauptmann von Beerfelde sollte Dienstag vor dem Wuchergericht des Landgerichts III in Berlin erscheinen, von dem eine Anklage wegen Schleichhandels gegen ihn schwebt. Hauptmann von Beerfelde soll angeblich seinerzeit in Berlin ein Gemüsegeschäft eröffnet und sich dabei eines Verstoßes gegen die Rationierungsvorschriften schuldig gemacht haben. Der Angeklagte war jedoch nicht persönlich erschienen. Wie mitgeteilt wurde, hält er sich gegenwärtig in Meran auf. Vom Gericht wurde deshalb ein Haftbefehl beschlossen, um sein persönliches Erscheinen zu erzwingen.

— **Ueber 150 000 Einäscherungen.** In den ersten elf Monaten des Jahres 1920 haben die deutschen Krematorien 15 150 Einäscherungen bewirkt gegen 14 642 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Gesamtzahl der in den deutschen Krematorien bis Ende November 1920 vorgenommenen Einäscherungen beläuft sich auf 150 706. — Im vorigen Jahre sind ferner sechs neue Feuerbestattungsvereine ins Leben gerufen worden: in Auma in Thüringen, Brandenburg a. d. H., Höchst a. M., Homburg v. d. H., Wetzlar und Wittenberg. In Konstanz konnte ein neues Krematorium, das 54. im Reiche, in Betrieb gesetzt werden.

— **Die aufgehobene Verlobung.** In einer Stadt des besetzten Gebiets brachte kurz vor Weihnachten das Ortsblatt diese Ankündigung:

Als Verlobte empfehlen sich
Erna Pflanz, Direktrice,
Gottfried Ebersbacher, städtischer Beamter.

An diese Verlobung nahm niemand Anstoß. Auch die Standesbezeichnung störte niemand. Warum sollte ein städtischer Beamter nicht eine Direktrice freien? Warum sollte sich eine Direktrice nicht mit einem städtischen Beamten verloben? Kurz nach Neujahr schien aber Zwist im Lager der Verlobten ausgebrochen zu sein; dieselbe Zeitung brachte folgende Entlobung:

Meine Verlobung mit der Badnerin Erna Pflanz erkläre ich für aufgehoben,
Gottfried Ebersbacher, städtischer Beamter.

Und unmittelbar darunter:

Meine Verlobung mit dem Latrinenreiniger Gottfried Ebersbacher habe ich gelöst. Erna Pflanz. Direktrice.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Ausgabe von Grießmehl. Auf die Bezugsabschnitte Nr. 7 der Lebensmittelkarten entfallen je 100 Gramm Grießmehl. Die Abschnitte sind bis Samstag, den 5. ds. Mts., an die Geschäfte abzugeben. Die Geschäfte haben die gesammelten Marken am Montag, den 7. ds. Mts., dem Lebensmittelamt einzureichen.

Weiße und braune Bohnen sind in den Geschäften zum Preise von 1,50 Mk. zu haben.

Zusatzbrotscheine für hoffende Frauen. Auf jeden mit dem Aufdruck „Brot oder Mehl" versehenen Zusatzbrotschein mit dem Zeichen „F" (für hoffende Frauen) können statt bisher 250 Gr. Brot oder 170 Gr. Mehl für die Folge 500 Gr. Brot oder 340 Gr. Mehl entnommen werden. 539

Die Sozialdemokraten lehnen ab.

Berlin, 1. Febr. Zwischen der Reichsregierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion fanden gestern nachmittag Verhandlungen statt über den Wiedereintritt der Sozialdemokraten in die Regierung. Die Regierung soll dadurch auf eine breitere Grundlage gestellt werden, was notwendig erscheint im Hinblick auf die schwerwiegenden Fragen und Probleme, mit denen die Reichsregierung sich in der nächsten Zeit wird befassen müssen. Wie später bekannt wurde, haben die Sozialdemokraten nach langen Beratungen erklärt, daß sie den Wiedereintritt in die Regierung als undiskutabel ablehnen müßten.

Die Fraktionen gegen die Pariser Beschlüsse.

(TU) **Berlin**, 1. Febr. Das Ergebnis der Fraktionsberatungen läßt sich nach dem „Berl. Tgbl." dahin zusammenfassen, daß die Regierungsparteien und auch die Mehrheitssozialisten einig sind in der Ablehnung der Pariser Beschlüsse. Die Haltung der Unabhängigen ist durchaus abwartend. Jedenfalls wollen sie unter allen Umständen verhandeln, um Abstriche von den Forderungen zu erreichen. Die Deutschnationalen lehnen das Pariser Programm als Verhandlungsgrundlage ab.

Abkühlung zwischen Berlin und Moskau.

(TU) **Warschau**, 1. Febr. Nach der polnischen Preß-Agentur haben sich die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau sehr abgekühlt. Die deutsche Delegation erfreut sich in Moskau nicht mehr der zuvorkommenden Behandlung wie früher. So hat z. B. der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten die Requisition der der deutschen Handelskommission zugesagten Geschäftsräume abgelehnt. Die Moskauer Regierung habe ihren Vertreter in Berlin deswegen abberufen, weil sie der Ansicht sei, daß er die Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Moskau hätte verhindern können und müssen.

Kleine Nachrichten.

Das belgische Königspaar ist mit Gefolge nach Spanien abgereist. Man rechnet mit einer Abwesenheit von 8 Tagen.

Eine Depesche aus Baltimore an Lloyds berichtet, daß das italienische Torpedoboot „Nettuno" unweit Port Arthur, das mit der Bestimmung nach Brindisi fuhr, auf offenem Meere verbrannt ist. Reuter meldet dazu, daß mehrere Menschen dabei umgekommen sind.

Die griechische Gesandtschaft in Berlin dementiert im Auftrage ihrer Regierung offiziell und kategorisch die Nachrichten über eine angebliche Niederlage der griechischen Truppen in Kleinasien. Die offiziellen Berichte des griechischen Generalstabes in Kleinasien besagen inbezug auf die letzten militärischen Operationen, daß die griechischen Truppen der kemalistischen Armee einen vernichtenden Schlag versetzt haben, der alle bisher ihr beigebrachten weitaus übertreffe.

Einer Reutermeldung zufolge betrug am 21. 1. die Zahl der Arbeitslosen in England, die sich angemeldet hatten, 998 000. Dabei ist zu bemerken, daß sich zahlreiche Arbeitslose nicht haben einschreiben lassen.

Der Papst hat aus Anlaß der dem deutschen Kinderhilfskomitee wiederum gewährten Spende von 200 000 Lire den Wunsch ausgesprochen, daß künftig mit Rücksicht auf die Valutaschwierigkeiten möglichst viele deutsche Kinder statt in der Schweiz an geeigneten Orten Italiens zur Pflege untergebracht werden möchten.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Bergkamen, 2. Febr. (An die Straßenbahn-Verwaltung!) Mittwoch abend kam ich mit dem Zuge 5.52 Uhr mit meiner kranken Frau auf Bahnhof Kamen an. Trotz vieler Bemühungen konnte ich eine Droschke nicht auftreiben und war daher gezwungen, die Straßenbahn zu benutzen. Wir trugen meine Frau bis zur Straßenbahn, doch hier erklärte uns der Schaffner ganz energisch, daß er uns nicht mitnehmen dürfe. Edel sei der Mensch, hilfreich und gut! In Dortmund beförderte man meine Frau auf der Straßenbahn. Warum hier nicht? Der „höfliche" Schaffner ließ nicht einmal mit sich reden. Und so lag meine Frau bis 8½ Uhr im Wartesaal Bahnhof Kamen. Herr Osthoff, Heerenerstraße, hatte mehr menschliches Empfinden, stellte sein Auto zur Verfügung und fuhr uns fast gratis nach Hause. Wäre meine Frau mit einer ansteckenden Krankheit behaftet gewesen, dann läge der Fall anders; so ist das Tun des Schaffners nicht recht zu verstehen. M. E. ist hier nicht mit Recht gehandelt worden. Was sagt dazu die Straßenbahn-Verwaltung?

Wilhelm Scholz, Bergkamen.

Vereinsnachrichten.

Kamen 2. Febr. **(Evang. Arbeiter-Verein.)** Am Sonntag, den 30. Januar, hatte der Evang. Arbeiter-Verein eine außerordentliche Generalversammlung einberufen. Es handelte sich um die notwendige Erhöhung der Beiträge. Durch einstimmigen Beschluß wurden die jährlichen Beiträge auf 8 Mark festgesetzt. Nach der Aufnahme der Herren W. Köhling, H. Thimann und W. Tünnemann in den Verein hielt Herr Lehrer Altena einen Vortrag über die Reichsgründung. In interessanter und fesselnder Weise gab der Vortragende einen Rückblick in die Vergangenheit, was wir hatten, beleuchtete dann die Gegenwart, was wir haben, und schloß mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft und mit der Mahnung zur Einigkeit, Gottesfurcht und Vaterlandsliebe seine begeisternden Ausführungen. Der Beifall der Anwesenden zeugte davon, wie sehr er allen aus dem Herzen gesprochen hatte. Sodann wurde angeregt, am 18. April, dem Erinnerungstage an den Reichstag zu Worms, eine entsprechende Feier zu veranstalten. Man beauftragte den Vorstand, deshalb mit dem Presbyterium der evang. Gemeinde in Verbindung zu treten.

Zur Konfirmation und Kommunion

Anzüge in blauen und anderen dunklen Farben, ausgesucht gute Qualitäten, haltbare Zutaten, sorgfältige Verarbeitung. Moderne zwei- u. einreihige Joppenform mit kurzen oder langen Hosen, hübsche jugendlich Formen für jüngere Knaben. 541

Ausserordentlich reichhaltige Auswahl

165.- 225.- 275.- 350.-
425.- 475.- 550.- Mark u. höher.

Grüter & Schimpff

HAMM i/W. * GR. WESTSTR. 45.

Für die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit übersandten Glückwünsche sagen wir Allen unsern 538

herzlichsten Dank.

Franz Wenge u. Frau

Kamen, den 31. Jan 1921.

Persil

wäscht schneeweiß, ersetzt Rasenbleiche, schont und erhält die Wäsche, **spart Arbeit Seife u. Kohlen.** Bestes selbsttätiges **Waschmittel** Preis Mk. 4.— das Paket. Henkel & Cie., Düsseldorf.

PERSIL

Saatkartoffeln

Industrie 550

(anerkannte Saat)

treffen voraussichtlich Mittwoch oder Donnerstag ein und empfiehlt

Engelbert Goselwitz

(Friedr. Mork Nachf.)

Oststraße 27. Telephon 149.

(Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise)

PIANOS Flügel, Harmoniums

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangsteg D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik Berlin S 42

Roth & Junius Hof-Piano- u. Flügelfabrik Hagen i.W. Bahnhofstr. 29.

Nutz- und Brennholzverkauf

auf Haus Neck bei Kamen.

Am Montag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr beginnend am Gute, werden verkauft:

13 Pappelstämme 30—54 cm. Mittendurchmesser = 20,37 fstm.

Distrikt Haßlei:

15 Eichen, 25—54 cm Mittendurchmesser = 15,81 fstm.

Distrikt Kamener Heide:

70 Haufen Kiefernstangen,
36 Haufen Fichten- u. Lärchenstangen, geeignet zu Leiterbäumen, Weidepfählen und Frechtungsstangen.

Mittags 1 Uhr, „An der Bever" in der Nähe der Wirtschaft Schlotjunker in Rünthe:

70 Haufen Rottannen- und Eichenstangen, geeignet zu Leiterbäumen, Weidepfählen und Frechtungsstangen.

Der Verkauf erfolgt meistbietend. Unbekannte Käufer haben bar zu zahlen. 537

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft Rhein-Elbe, Gelsenkirchen.

Ich empfehle:

Backöl kein Rüböl	Liter	15.00
Salatöl das allerfeinste	„	21.00
Bratfett	Pfund	12.75
Margarine feinste	„	11.50
Kartoffelmehl	„	3.90
Reis feiner Milchreis	„	3.25
Bohnen weiße, gar. weichkochend	„	1.50
Wachtelbohnen	„	1.50
Erbsen geschälte	„	2.25
Stücksoda	„	1.00
Immalin	Stück	1.50
Kernseife	½ Pfd.-Doppelstück	4.90

Theodor Scholz, 543

Bergkamen, Hohenzollernstr. 4 **Kamen,** Kampsfr. 16.

Elektrotechn. Installationsgeschäft

Carl Flühme

Telephon 198 Bergkamen

Elektr. Licht- und Kraftanlagen

Elektro-Motore in jeder Spannung und Stärke ab Lager oder sofort ab Fabrik lieferbar.

— Fabrikat Simens-Schuckert. —

Sämtliche Beleuchtungskörper und Ersatzteile Osram- u. Wotan-Birnen von 10-4000 K ab Lager Motore können im Betrieb vorgeführt werden.

Konzessioniert b. **Städt. E.-W. Dortmd., Verbands-Elk.-Werk Dortmd., Städtischem E.-W. Kamen.** 438

Stroh

jedes Quantum gibt ab, bei Abnahme von größeren Mengen franko Haus 553

W. Neff,

Bahnhofstraße 23,

Telephon Nr. 122.

Ein gut erhaltener

Sitzliegewagen

und ein

Gehrockanzug

zu verkaufen. p558

Lünenerstr. 237.

Einige tragende prima



Wollschafe

zu verkaufen. 515

Wo, sagt die Geschäftsst. d. Ztg.

Kronenleuchter

für elektr. Licht, 4 flammig, billig zu verkaufen. 557

Hilburg, Markt 22.

Freundlich möbliertes

Zimmer,

evtl. Wohn- und Schlafzimmer, von Kaufmann gesucht. v542

Angeb. an die Geschst. der Kamener Zeitung.

---

1 fettes Schwein

zu kaufen gesucht.

Schriftl. Angeb. mit Preisangabe unter Nr. **549** an die Geschst.

Ein zuverlässiges

Mädchen

für Haus-, Garten- und Feldarbeit für sofort oder später gesucht.

Landwirt Gottfr. Voigt.

Oberaden,

(Kreis Hamm).

Wegen Erkrankung des jetzigen suche für sofort ein

Mädchen

von 15—16 Jahren. 560

Gerwinn, Bahnhofstr. 47.

Frischen

Feldsalat u. Spinat

empfiehlt p551

Engelbert Goselwitz

(Friedr. Mork Nachf).

Oststr. 27, Tel. 149.

Heute 510

noch müssen Sie uns eine Karte schreiben, wenn Sie unsere Preisliste über Hygienische Artikel, Frauenduschen, Gummiwaren

gratis

zugesandt haben wollen.

Bendin & Co.,

Dortmund 1,

Schließfach 470.

Gelbe

Möhren,

gelbe

Steckrüben

hat noch vorrätig

W. Neff,

Bahnhofstr. 23,

Telephon 122.

Frische

Seefische

eingetroffen u. empfiehlt

Engelbert Goselwitz,

(Friedr. Mork Nachf).

Oststr. 27, Telephon 149.

Treues, sauberes

Mädchen,

das auch mit einer Kuh umgehen kann, auf sofort gesucht. p508

Heil 27.

Suche für mein **Mündel,** 18 Jahre alt, sofort oder später 548

Stellung.

Heinrich Urban,

Lünenerstraße 20.

Warnung!

Habe in meinem Garten für immer 521

Gift gelegt.

Karl Müller,

Bergkamen, Schillstr. 8.

---

1 Portemonnaie

mit Inhalt **gefunden** gegen Unkosten abzuholen.

Weißestraße 13.



Reinigen Färben

Umpressen

von alten Hüten 97

schnell und sehr billig.

E. Wette, Kamen,

Bahnhofstrasse 55.

Kautabak

von Grimm & Triepel

Nordhausen

in Güte unerreicht.

Hans Dolle,

Tabakwaren-Großhandlung,

Fernruf 2 **Kamen** Markt 16. 429

Kukirol

beseitigt schnell, sicher und schmerzlos

Hühneraugen

Millionenfach bewährt. Schachtel M 1.-

Hornhaut, Schwielen u. Warzen.

In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Germania-Drogerie H. Jacobi.

Habe meine Praxis nach Dortmund, Friedrichstr. 1, gleich an der Rheinischen Strasse verlegt.

Zahnpraxis Max Döller.

— Fahrt wird voll vergütet. —

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von

Pastor Felkes Heilweise

Unna, Bahnhofstraße 49

Sprechstunden: Dienstags und Freitags von 9 bis 6 Uhr. 77

Visitenkarten

in jeder Ausführung

liefert schnell und preiswert

Kamener Zeitung,

Westenmauer 10.